



Das Heer der 50.000

ARBEITSMARKT – Mehr als 50.000 öffentlich Bedienstete zählt Südtirol. Jeder fünfte Erwerbstätige wird hierzulande mit Steuergeld bezahlt. **Es sind zu viele**, das können wir uns nicht länger leisten, sagen die einen. Nein, **es sind sogar zu wenige**, die Arbeitslast ist hoch, entgegnen die anderen. Wer hat recht?

Bozen – 50.693: So viele öffentlich Bedienstete zählt das Landesstatistikinstitut in Südtirol. Umgerechnet auf sogenannte Vollzeitäquivalente sind es immer noch 36.800. Das ist der theoretische Wert, der herauskäme, wenn es im öffentlichen Dienst keine Teilzeit, sondern nur Vollzeitkräfte gäbe. Real zählt der öffentliche Dienst in Südtirol aber die erwähnten 50.693 Arbeitskräfte. Zwar ist nur ein Bruchteil davon – nämlich 2.700 Personen – an den Schreibtischen der Landesverwaltung tätig. Zwar erfüllt der deutlich größere Rest wichtige Dienste wie Schulbildung und Gesundheitsversorgung. Trotzdem ist das Heer der öffentlich Bediensteten bemerkenswert groß. Zu groß, vernimmt man regelmäßig aus den Wirtschaftsverbänden.

Als Argument für deren Forderung nach einer Verschlinkung werden die hohen Kosten ins Feld geführt und mittlerweile auch der Arbeitskräftemangel. „Durch den demografischen Wandel werden wir alle mit 30 Prozent weniger Arbeitskraft auskommen müssen“, wiederholt Unternehmerverbandspräsident Heiner Oberrauch im Gespräch mit der SWZ jene Zahl, die er schon beim Unternehmerempfang im Jänner erwähnt hatte. Uns gehen die Arbeitskräfte aus, und so wie die Unternehmen erfinderischer werden müssen, so müsse auch die öffentliche Hand lernen, mit weniger Arbeitskräften auszukommen, meint Oberrauch.

Zwei Prozent mehr öffentlich Bedienstete in zehn Jahren

In den vergangenen zehn Jahren ging die Entwicklung in die andere Richtung. Zwischen 2011 und 2021 (neuere Daten liegen nicht vor) stieg die Beschäftigtenzahl in Südtirols öffentlichem Dienst laut Astat um gut zwei Prozent oder – in absoluten Zahlen

Die Nachfrage der Gesellschaft nach Diensten für die Allgemeinheit wird größer. Denken wir nur an die Kinderbetreuung, die Krankenhäuser und die Pflege.

Stefan Perini

ausgedrückt – um circa 1.000 Arbeitskräfte. Das verschärft erstens den Notstand am Arbeitsmarkt, denn jeder Mitarbeitende mehr im öffentlichen Dienst bedeutet eine dringend benötigte Arbeitskraft weniger für die Privatwirtschaft. Zweitens fällt es der Politik immer schwerer, das notwendige Geld lockerzumachen, um all diese öffentlich Bediensteten so zu entlohnen, wie sich diese das vorstellen – das machen die häufigen Klagen von Lehrpersonen, Sanitätspersonal und anderen öffentlich Bediensteten über das Lohnniveau sowie die zähen Kollektivvertragsverhandlungen deutlich.

Muss also endlich abgespeckt werden? Ganz so einfach ist die Sache nicht, findet Stefan Perini, der als Direktor des Arbeitsförderungsinsti-

tes Afi den Arbeitsmarkt aufmerksam beobachtet: „Die Nachfrage der Gesellschaft nach Diensten für die Allgemeinheit wird nicht kleiner, sondern größer. Denken wir nur an die Kinderbetreuung, die Krankenhäuser und die Pflege.“ Perini nennt als aktuelles Beispiel die Forderung nach einer Verlängerung der Kindergartenöffnung von zehn auf elf Monate. Es funktioniert nicht, mehr Kindergärten zu fordern und zugleich weniger Personal.

Die steigenden Ansprüche der Wohlstandsgesellschaft an die öffentlichen Leistungen, dazu der wachsende Betreuungsbedarf durch das Altern der Gesellschaft und nicht zuletzt die – nicht nur von der Politik, sondern auch von der Gesellschaft verschuldete – Bürokratie machen laut Perini eine Verschlinkung des öffentlichen Dienstes schwierig, zumindest wenn

Durch den demografischen Wandel werden wir alle mit 30 Prozent weniger Arbeitskraft auskommen müssen – auch der öffentliche Dienst.

Heiner Oberrauch

„wir ein gewisses Qualitätsniveau haben wollen“. Die Mitarbeitenden seien in vielen Bereichen ohnehin am Limit, was die Arbeitsbelastung angeht. Entsprechende Klagen kommen aus der Seniorenbetreuung genauso

wie aus den Kindergärten, den Schulen und dem Sanitätsbetrieb.

Der öffentliche Dienst wächst unterdurchschnittlich

Beim Betrachten der Astat-Daten wird durchaus plausibel, was Perini sagt. Die Zahl der öffentlich Bediensteten hat in Südtirol in den vergangenen zehn Jahren unterdurchschnittlich zugelegt: Den erwähnten zwei Prozent stehen knapp vier Prozent bei den gesamten Erwerbstätigen und über acht Prozent bei den unselbstständig Beschäftigten gegenüber.

Alles in Butter also? Heiner Oberrauch warnt vor einer Fehlinterpretation des Zahlenvergleichs. In Südtirol sei in den besagten zehn Jahren nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen gewachsen, sondern auch die Wirtschaftsleistung. Das Plus bei der Wirtschaftsleistung

liege sogar deutlich über dem vierprozentigen Zuwachs bei den Erwerbstätigen. Demnach wachse die Pro-Kopf-Leistung.

Die Zunahme bei den öffentlich Bediensteten lasse sich also nicht so einfach rechtfertigen. Vielmehr brauche es Parameter, mit denen im öffentlichen Dienst die Effizienz gemessen wird – schlicht, weil der demografische Wandel dazu zwingt, mit weniger Arbeitskräften auszukommen. So wie sich Unternehmen an sogenannten KPIs (Key Performance Indicators) orientieren, so müsse dies auch der öffentliche Dienst tun, „und zwar möglichst aus eigenem Antrieb heraus, und nicht erst, wenn er dazu gezwungen wird, weil er keine Arbeitskräfte mehr findet“, so Oberrauch. Alle Dienste müssten auf den Prüfstand, selbst ein so wichtiger Bereich wie die Sanität: „Wir haben in den vergangenen Jahren erfahren, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen ist. Die Effizienzfrage muss trotzdem erlaubt sein.“

Das Trentino hat mehr öffentlich Bedienstete

Laut Oberrauch befindet sich Südtirol im europäischen Mittelfeld, was die Anzahl an öffentlich Bediensteten betrifft, „aber Südtirol will sich ja gerne mit den Besten messen“. Das benachbarte Trentino eignet sich offenbar nicht als Messlatte. Dort zählt das Landesstatistikinstitut Ispat 54.500 öffentlich Bedienstete, also deutlich mehr als im ungefähr gleich großen – und wirtschaftlich stärkeren – Südtirol. Zwischen 2011 und 2021 ist die Zahl der öffentlich Bediensteten um 2,4 Prozent gestiegen, gegenüber den 2,1 Prozent in Südtirol.

Abschließend noch ein paar Zahlen aus dem Zehnjahresvergleich: Um 15 Prozent hat die Zahl der Bediensteten in der Sanität zugelegt, für die nicht erst seit Corona die Herausforderungen immer größer werden. Sieben Prozent mehr sind es in der Schule, während das Personal in den Kindergärten stagniert. Bemerkenswert ist, dass

auf Schule und Kindergarten 17.600 der 50.700 öffentlich Bediensteten entfallen – und von diesen 17.600 wiederum 3.000 auf die Schulverwaltung. Die Bürokratie lässt grüßen. Die Landesverwaltung im engeren Sinn samt ihrer Hilfskörperschaften kommt auf knapp 3.500 Mitarbeitende, 5,3 Prozent weniger als 2011. Zu den Hilfskörperschaften zählen unter anderem Afi, Landesmuseen, Landesvergabeagentur und Versuchszentrum Laimburg. Sie haben durch Auslagerungen aus der Landesverwaltung stark zugelegt.

Deutlich weniger geworden sind in Südtirol die Staatsbediensteten. Das hat einerseits damit zu tun, dass das Gerichtspersonal vom Staat an die Region übergegangen ist. Andererseits baut der Staat in allen Bereichen Personal ab.

Der öffentliche Dienst in Südtirol

Insgesamt	2021	Veränderung gegenüber 2011
Beschäftigte im öffentlichen Dienst	50.693	2,10%
Beschäftigte im öffentlichen Dienst – Vollzeitäquivalente	36.766,0	6,78%
Erwerbstätige in Südtirol insgesamt	249.700	3,87%
unselbstständig Erwerbstätige in Südtirol insgesamt	193.900	8,26%
Anteil öffentlicher Dienst an Erwerbstätigen	20,3%	-1,70%
Anteil öffentlicher Dienst an unselbstständig Erwerbstätigen	26,1%	-5,69%
Lokalverwaltungen	43.246	8,84%
Landesverwaltung	12.339	0,97%
Landesverwaltung im engeren Sinn	2.742	-21,25%
Hilfskörperschaften des Landes (z. B. Museen, Afi)	708	337,04%
Landesforstkorps	267	-19,82%
Straßendienst	464	-6,64%
Schule, davon:	8.158	7,26%
- Kindergarten	2.336	0,56%
- Berufsschule	1.327	8,15%
- Land-, forst und hauswirtschaftliche Berufsbildung	289	9,47%
- Musikschule	551	11,09%
- Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigung	617	31,00%
- Schulverwaltung	3.038	7,54%
Lehrpersonen an Schulen staatlicher Art	9.435	7,30%
Gemeinden	4.624	3,38%
Bezirksgemeinschaften	2.184	25,66%
Sanitätsbetrieb	10.035	15,21%
Sonstige lokale Körperschaften	4.629	21,82%
- Landtag	81	35,00%
- Regionalverwaltung und Regionalrat	234	146,32%
- Sonderbetrieb Sozialdienste Bozen	1.048	17,62%
- Fürsorgekörperschaften	2.864	22,87%
- Rundfunkanstalt RAS	26	-7,14%
- Wohnbauinstitut	204	-8,93%
- Handelskammer	130	1,56%
- Sonstige	42	-2,33%
Staatliche Verwaltungen	6.212	-24,55%
Regierungskommissariat	110	-36,42%
Gerichtswesen	96	-66,78%
Finanz- und Schatzministerium	305	-20,98%
Polizei	2.686	-10,59%
Militär	2.739	-31,27%
Nisf-Inps	174	-22,67%
Inail	66	-20,48%
Automobile Club d'Italia - ACI	13	-35,00%
Sonstige	23	-66,18%
Staatsbahn	423	-32,86%
Post	812	-22,81%

Quelle: Landesstatistikinstitut Astat

Business Lunch

Mo - Fr 12.00 bis 14.15
Großer Parkplatz
Tel. 0472 836216
info@loewenhof.it

Nimm dir Zeit
spontan
zu sein

Eine allgemeingültige Antwort auf die Frage, ob Südtirols öffentlicher Dienst überdimensioniert ist oder nicht, gibt es nicht. Die Diskussion kann also weitergehen. Und möglicherweise löst sie sich ein Stück weit von alleine, wenn der Wettbewerb um Arbeitskräfte immer härter wird.

Christian Pfeifer
christian@swz.it